

Volksstimme

zugleich Volksstimme für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanstra. 4. — Telefon Nr. 1294
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 4. cr. 1,65 ZL, durch die Post bezogen monatlich 4,00 ZL
Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto B. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Macdonald über die Revisionsfrage

Scharfe Angriffe Austen Chamberlains u. Churchills gegen Deutschland — Außenminister Simon zur Judenfrage

London. Im englischen Unterhaus kam es am Donnerstag zu einer bewegten Sitzung über die Revisionsfrage, den Viermächtepakt, den Besuch Macdonalds in Washington und über die Lage der Juden in Deutschland. In der Aussprache überboten sich der frühere Außenminister Sir Austen Chamberlain sowie Churchill in maßlosen Ausfällen gegenüber Deutschland und der deutschen Regierung.

Die Erörterungen über den Viermächtepakt wurden durch den arbeiterparteilichen Abgeordneten Attlee eingeleitet, der wissen wollte, welche Haltung England hinsichtlich der Verhältnisse in Deutschland, insbesondere in Bezug auf die Judenfrage einnehme. Die englische Regierung werde Deutschland hoffentlich geradenwegs mitteilen, daß es mit reinen Händen kommen müsse, wenn es eine Vertragsrevision wünsche.

Macdonald erwiderte, daß die Kritik am Viermächtepakt und an der Gewährung der Gleichberechtigung an Deutschland sich auf unrichtige Voraussetzungen stütze. Soweit eine Vertragsrevision in Frage komme, handele es sich um eine Revision im Interesse des Friedens. Die Revision erfolge innerhalb der Völkerbundsmethoden, so daß ein an bestimmten Fragen interessierter kleiner Staat genau so viel zu sagen habe, wie eine Großmacht. Man dürfe nicht erlauben, daß gewisse drohende Einflüsse in Europa den Fortschritt auf dem Gebiet der Abrüstung verzögerten. Die Viermächtekonferenz habe den Zweck gehabt, sich über den Grundgedanken der deutschen Gleichberechtigung zu einigen. „Wir wissen sehr genau, daß in dieser Erklärung gewisse Gefahren liegen“. Deutschland sei zu einer besonderen Erklärung aufgefordert worden, jeder Gewalt zu entsagen.

Macdonald sprach dann über seinen Besuch in Washington, dessen Zweck es sei, eine Zusammenarbeit nicht in der Form einer festen Vereinbarung, sondern im Geiste freizustellen.

Als dann erhielt Sir Austen Chamberlain das Wort. Er halte die gegenwärtige Lage in Europa für außerordentlich bedrohlich, was in erster Linie auf dem Viermächtepaktvorschlagn und die seitherigen Ereignisse zurückzuführen sei. Angesichts der Ereignisse in Deutschland sei der jetzige Augenblick einzigartig ungelegen, um über die Revision der Verträge zu sprechen. Der neue Geist Deutschlands sei die übelste Art, des alten Preussentums, verbunden mit Graulankheit und Nationalstolz. Auch die weiteren Ausführungen Chamberlains enthielten scharfe Beleidigungen und Angriffe auf das neue Deutschland.

Die Rede Churchills, der anschließend sprach, unterschied sich weder im Inhalt, noch in der Tonart von den Erklärungen Chamberlains.

Der liberale Führer Sir Herbert Samuel und andere Abgeordnete richteten im Zusammenhang mit der Judenfrage ebenfalls Angriffe gegen die Reichsregierung. Der arbeiterparteiliche Abgeordnete Wedgwood erklärte er habe nach den Reden Churchills und Chamberlains nichts mehr zu sagen. „Diese Reden haben die Revision der Verträge getötet“.

Die Aussprache wurde mit einer Erklärung des Außenministers Sir John Simon, die sich fast ausschließlich mit der Judenfrage beschäftigte, abgeschlossen. Die jüngsten Ereignisse in Deutschland hätten die englische Regierung beunruhigt. Die englische Regierung fühle sich aber nicht zur Intervention zugunsten von ausländischen Staatsangehörigen in anderen Ländern berechtigt. Die englischen Einwanderungsbestimmungen würden, soweit die Juden nach England kommen sollten, nicht kleinlich gehandhabt. Außerdem habe der Oberkommissar von Palästina die Einwanderung von Juden aus Deutschland erleichtert. Juden, die mindestens 1000 englische Pfund Kapital haben, erhalten ohne irgend eine Rücksicht bei übergeordneten Stellen von der englischen Poststelle in Berlin Einwanderungserlaubnisse.

Simon kündigte dann ein Weißbuch über die Viermächtepaktverhandlungen an. England habe keinerlei Verpflichtungen übernommen. Die englische Regierung wolle durch Beratungen und Zusammenarbeit Pläne zustande bringen, durch die die Gefahr von zwei sich gegenüberstehenden Mächtegruppen in Europa auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden. Man habe nicht die Absicht, die Großmächte zusammenschließen, um ihrerseits den kleinen Staaten Verträge zu diktieren, sondern man wolle gewisse Fragen herausheben, die in Europa entstehen könnten und hierfür eine Zusammenarbeit sicherstellen, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet.

London. Auf eine Anfrage im Unterhaus erwiderte ein Vertreter des Außenministeriums, daß die Frage zur Zeit immer noch erwogen werde, ob die Verwendung von Sturmtruppen für Polizeizwecke mit dem unter Artikel 162 des Versailler Vertrages getroffenen Vereinbarungen und Beschlüssen im Einklang stehe. Dem englischen Außenminister seien keinerlei amtliche Mitteilungen darüber zugegangen, daß bei der Reichstagsöffnung ansehnlich bewaffnete Flugzeuge zugehen waren.

Deutsch-polnische Gespräche?

Im Zusammenhang mit dem Protest des deutschen Landvolks im polnischen auswärtigen Amt, gegen die deutschfeindlichen Ausschreitungen in den letzten Tagen, bemerkt eine deutsche Telegrammenagentur, daß die Frage der deutsch-polnischen Beziehungen erörtert wurde. Wir wissen nicht, ob es sich hierbei nur um die Ausschreitungen allein handelt oder ob auch der Fragenkomplex berührt wurde, der durch die internationalen Verhandlungen in Fluß gekommen ist. Niemand wird leugnen, daß gerade die Aufnahme dieser Gespräche für die gegenseitigen Beziehungen zwischen Berlin und Warschau von großer Bedeutung sein möchte. Wir wollen uns keinen Täuschungen hingeben, als wenn es in dieser Zeit lauten Revisionsgeschrei möglich wäre, von einer deutsch-polnischen Verständigung zu sprechen, wenn sie uns gerade in diesen Tagen dringender denn je erscheint, auch dann, wenn die Gemüter voller Leidenschaft aufgewühlt, nichts anderes als den Erbfeind vor sich sehen. Immerhin muß mit einer Genugtuung festzustellen werden, daß das offizielle Polen in Wort und Schrift von den Ausfällen gegen Deutschland abgerückt ist, die Vorkommnisse nicht nur aus diplomatischer Höflichkeit, sondern aus politischer Vernunft heraus mißbilligt. Freilich hätte eher etwas mehr getan werden können, als von den Ausschreitungen abzurufen, als sie Formen angenommen haben, die nichts mehr mit einem politischen Protest zu tun haben. Letzten Endes hat sich doch alles gegen polnisches Gut und polnischen Besitz deutscher Bürger dieses Staates gerichtet, und die Folgen müssen wiederum aus dem polnischen Steuerertrag gedeckt werden, so bestimmt es das Gesetz. Daß die politischen Leidenschaften irgend einen anderen Erfolg als die Vernichtung von Werten zu verzeichnen haben, wird man kühnlich kaum behaupten können, wenn man die Demonstrationen auf das Niveau setzt, was sie wirklich sind, Leidenschaften, die keinen anderen Zweck hatten, als dem Vaterland zu beweisen, daß man noch da ist. Gewiß, man kann sich sehr wohl vorstellen, daß auch die außenpolitische Stimmung eines solchen Beweises bedürfte, um darzulegen, daß man Revisionsphantasien jenseits der Grenze auf das Maß des Tatsächlichen beschränken will.

Die Frage sei erlaubt, ob mit der Vernichtung deutscher Zeitungen und Zeitschriften dem polnischen Staat irgendwie gebietet sei, ob die Beseitigung deutscher Firmenschilder schon ein patriotisches Werk ist, ob die Demolierung einer Drucker- und einer Gymnasialklasse schon die deutsche Minderheit beseitigt, die sich auf polnischem Boden diese Werte schuf. Leidenschaft, nichts als Leidenschaft, die Vernichtung will, weil sie aus eigenem Trieb selbst nichts schaffen kann. Es ist mindestens verfehlt, diese ganze Aktion auf die akademische Jugend abzuschieben, man muß schon sagen, daß das Alter in diesem Kulturbolschewismus viel aktiver war und es erwies sich, daß gerade die alten politischen Schartecken sich feiern ließen, die im Laufe der Zeit bewiesen haben, daß sie in diesem politischen Getriebe gewissermaßen aufs Eis gestellt worden sind. Weil sie seit Jahr und Tag nichts anderes mehr zu repräsentieren vermögen, als eine christliche Zeit, die da erst kommen muß lassen sie sich von Studenten feiern, in der Annahme, damit schon das Vaterland gerettet zu haben. Studenten in der Politik und beim Patriotismus haben nur den einen Fehler, daß sie ganz vergessen, daß die Verantwortung für das Geschehen einzig und allein der Staat als solcher trägt und für die Dummheiten jenseits die Behörden, dem „verhassten“ deutschen Vertreter dann ihr Beileid auszudrücken haben, wie es in Lodz und in Warschau geschehen ist. Gewiß, die Leidenschaften haben auf deutscher Seite ihren Anfang genommen, das festzustellen ist Pflicht, nur darf man dabei nicht übersehen, daß das offizielle Deutschland daran keinen Anteil hat. Es gehört eben schon zur Gewohnheit einiger politischer Wichtigtuer, daß sie die Revisionsfragen ohne die Regierung lösen wollen und da ihnen wiederum eine andere politische Aktivität fehlt, so ereifern sie sich in Protesten gegen den Friedensvertrag, den zu ändern andere berufen sind, und da die deutsche Regierung, auch das Kabinett Hitler, sich dazu bekannt hat, daß dies nur auf friedlichem Wege erfolgen soll, so ist die Dummheit nicht zu verkennen, wenn man der Regierung vorgreifen will, die allein für das Geschick des Reichs verantwortlich ist. Es wird uns niemand verdächtigen, daß uns Sympathien zu dem Radiknet Hitler binden, aber man muß andererseits feststellen,

Polnisch-französische Verbrüderungsfeier

Paris. Zu Ehren der polnischen Parlamentarier, die seit einiger Zeit in der französischen Hauptstadt weilen, veranstaltete die polnisch-französische Parlamentsgruppe der Kammer ein Festessen. Der Vorsitzende der polnischen Parlamentsgruppe in der französischen Kammer hielt dabei eine Rede, in der er betonte, daß in dem Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker ein Schutz der polnischen Unabhängigkeit und die feste Begründung der polnischen territorialen Rechte liege. Der ehemalige Ministerpräsident Herriot pries dann die geistige Solidarität zwischen dem polnischen und dem französischen Volke. Er erinnerte an die traditionelle Freundschaft Frankreichs für Polen, feierte die häufig verkamten Verdienste Polens, das als erstes in Europa die Grundsätze der modernen Zivilisation eingeführt habe. Auf die Rede Herriots antwortete Józef Radziwiłł, der ebenfalls die polnisch-französische Freundschaft feierte.

In der „Cie Nowelle“ greift Herriot die Frage der französisch-polnischen Zusammenarbeit auf; er hebt darin hervor, daß die Beziehungen Frankreichs und Polens zu Rußland sich ständig besserten. Die französisch-polnische Freundschaft stärke sich, Polen werde ein Bindeglied zwischen Rußland und Frankreich.

Gegen den Faschismus in Lettland

Sämtliche nationalsozialistische und faschistische Organisationen in Lettland verboten.

Riga. Das Rigaer Bezirksgericht verbot sämtliche nationalsozialistische und faschistische Organisationen in Lettland, darunter die lettische nationalsozialistische Partei, die faschistischen Organisationen „Lestion“ und „Fuevkrugs“. Drei Führer dieser Organisationen, darunter der lettische Oberst Disal und der Mittweilner Plan. Dubrowski wurden, ohgleich sie lettische Staatsangehörige und Inhaber des lettischen hohen Militärschwabens, des sogenannten „Barentörordens“ sind, aus Lettland ausgewiesen.

Auflösung des Danziger Volkstages beschlossen

Danzig. Der Danziger Volkstag hat den Antrag auf sofortige Auflösung des Volkstages mit den Stimmen der Regierungsparteien (Deutschnationale, Zentrum und Liberale Mitte) und der Nationalsozialisten zusammen mit 41 Stimmen gegen 6 kommunistische Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten haben Stimmenthaltungskarten ab.



Eine berühmte Sängerin gestorben

Lola Artot de Babilis, viele Jahre hindurch eine der berühmtesten Sängerinnen der einstigen königlichen Staatsoper in Berlin, bekannt auch durch ihre zahlreichen Auslands-Gastspiele, ist im Alter von 49 Jahren gestorben.

